

Bezugspreise.
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, und die Post monatlich
8,25 Mark, wie folgt: 24,75 Mark
einj. Zahlungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
allgemeinen, Halle-Zeitungs-
Verlag, Fern- und Postamt, für
unsern eingegangenen Manu-
skripten wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Halle-Zeitungs-
Verlag, Fern- und Postamt, Nr.
1140, der Halle-Zeitungs-
Verlag, Fern- und Postamt, Nr.
1133, der Halle-Zeitungs-
Verlag, Fern- und Postamt, Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sonnentage 40 Pf., Resten
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in sämtlichen
Anzeigengeschäften. Erfüllungster-
min: 6.11.1921. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
nade 1a. Druckerei: Halle, Neue Promen-
nade 1a. Geschäftsstellen: Große
Wilsdorfstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4009.

Nr. 105.

Halle, Freitag, den 4. März 1921.

Einzelpreis 20 Pf.

Ein Ultimatum bis Montag.

Schwere Drohungen Lloyd Georges: Besetzung von Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf — Protest Dr. Simons.

Was nun?

Mit höhnischem Gelächter sind, wie es heißt, die deut-
schen Beobachtungen in London aufgenommen worden, noch
eigentlich nur einer aus der besetzten Gemeinde der
„Weltbeherrsher“ dazu bequem hat, diese Vorläufe ein-
mal genauer anzusehen. Wenn es noch eines letzten Be-
weises bedürftig hätte, daß die Hauptträger des
„Obersten Rates“ unerschütterlich dem Großgewinn oder dem
Lloyd George, Briand und ihre Trabanten zuhören
sich schon während des Krieges in einer eigenartigen, aus
der Lage über dem bösen Gewissen geborenen Selbstgefälligkeit
als Vollzugsbeamte eines Weltregiments, das über den
Weltball ein Netz zu spannen und zu kontrollieren habe. Sie
haben Wilsons Gedanken eines unparteilichen Weltbundes
auf ihrer Grundlage in den Friedensverhandlungen von
Paris sabotiert und sich jetzt, obwohl sie ausgesprochen
Partei waren, als Weltbündler, und damit wiederum als
Einschüchterer eingestuft und so ein Verhängnis gegen
sich selbst unmöglich gemacht und die ihnen gegenüber-
stehende Partei von Anfang an entrechtet. Und sie ver-
stehen, indem sie in Versailles den einzigen Garant einer
gewissen völkerverständlichen Unparteilichkeit, America, als
Lüge herabzubringen, von uns die Anerkennung dieses
Weltbundes, den Weltbündler, und des Vollzugsrechtes
ihrer gegen Recht und Gerechtigkeit verstoßenen Urteile.
Solange sie diese Anerkennung seitens Deutschlands nicht
haben, sitzen sie nicht sicher auf ihrem Throne und haben kein
Anspruch, mit dem sie der Welt die fälschliche Ver-
sicherung der Unantastbarkeit und die Sünden ihrer eigenen
Vergangenheit verzeihen machen können.

Amelio hat den Reichsminister, der hier im Spiele
ist, seit den Tagen von Versailles nicht mehr durchsicht.
Seine Staatsmänner sind eben nicht zu gute Diplomaten und
Geschäftsmänner, als daß sie diese Erkenntnis schon bei zu ihrer
letzten Konsequenz ausbreiten, bevor sie militärisch und
maximal so gerüstet sind, daß sie sich ohne große eigene
Gefahr eine solche Extralösung gegen eine durch Gewalt und
Lüge immerhin recht fest zusammengefügte Völkergemein-
schaft von recht erheblichem Umfange leisten können.

Der ganze Oberste Rat steht auf dünnen Füßen. Das
wissen seine Mitglieder selbst. Die papierenen Gebäude, die
er in den sogenannten Friedensverträgen aufgerichtet hat,
sind zu durchsichtig, als daß man ihre innere Hohlheit
nicht erkennen könnte. Da und dort klaffen bereits Risse,
die nur noch mit größtem Raffinement verdeckelt werden
können. Alles das hat die Mitglieder des „Obersten Rates“
an ihrer Gottlosigkeit ihre gemacht. Daher die Ver-
wirrung, die man in London und Paris schon seit Monaten kaum
noch zu überbergen vermag.

Die von uns auf Grund des Später Abkommens bereits
erzwungenen Wiedergutmachungsleistungen
haben Frankreich schon die Unhaltbarkeit der
Entscheidungen bewiesen und durch den in
den Entente-Ländern herbeigeführten Kohlenmangel
Arbeitslosigkeit und durch die Aufnahmefähigkeit unseres
Marktes für ausländische Produkte Absatz- und Substitu-
tionskrisen herbeigeführt. Auch das sind Tatsachen,
die die Weisen des Obersten Rates bei ihren
eigenen Vätern bereits ins Unrecht zu
setzen beginnen.

Wenn man alle diese Dinge ruhig und sachlich über-
legt und an den Ereignissen in den Entente-Ländern in den
letzten Monaten nicht ganz blind vorübergegangen ist, dann
muß man erkennen, daß das Verhalten der „Weltbeherrsher“
in London gegenüber unserem Vertreter seine tiefe psycholo-
gische Begründung hat.

Wenn wir jetzt in London auch nur um
Haarsbreite von dem Standpunkt ab-
weichen, den Dr. Simons auftragsgemäß
eingenommen hat, dann haben die im Gott-
ähnlichkeitswahn dahindolenden „Weltbe-
herrsher“ von Paris und London gewonnenes
Spiel. Beharren wir aber auf unserem unerschütterlichen
„Nein“, dann ist in den Wall von Lüge und sie führender
Machtlosigkeit, die seit Jahrzehnten die Welt im Banne ge-
halten hat, eine Bresche gelegt, durch welche Wahr-
heit und Gerechtigkeit ihren Weg in die Welt der
Welt nehmen können. Und wir sind der festen
Zuversicht, daß die Völker der Welt dem deut-
schen Volke noch einmal Dank wissen, wenn es
mit seinem unerschütterlichen und unerschütterlichen „Bis
hierher und nicht weiter“ in London der Wahr-
heit und Gerechtigkeit eine Gasse gebahnt
hat.

Gewiß wird dieses „Nein“ dem deutschen Volke ein

schweres Martyrium auferlegen. Im Verzweiflung-
sturm um ihre Machtposition werden die Mitglieder des
Obersten Rates vor seiner Gewaltmaßregel zurückzudenken.
Aber wir müssen und können dieses Marty-
rium auf uns nehmen in dem sicheren Bewußtsein,
daß wir dadurch das Kartenhaus von Lüge, Raffinerie und
großwahnstimmiger Verblendung, das durch die „Sieger“
aufgebaut worden ist, zum Zusammenbruch bringen und den
Völkern der Erde den Frieden bringen, nach
dem sie alle sehnen. Die ganze Welt bis in die
Reihen der Siegerstaaten hinein erwartete von uns
nur ein „Nein“ auf das Pariser Diktat. Sie würde es
nicht verstehen, wenn wir diesmal davon abgehen
würden; sie würde es um so weniger verstehen, als sie selbst
unter dem französischen Vandalismus unendlich leiden und ihn
so schnell als möglich zu brechen gewillt ist.

Wir Deutschen müßten also von allen gegner-
lichen Seiten verlassen sein, wenn wir diesmal
nicht festbleiben wollten. Für uns gibt es
nur eine einzige Antwort auf die Pariser
Forderungen, und das ist die, welche Dr.
Simons in London gegeben hat.

Die Entsendung.

Die heutige Sitzung der Londoner Konferenz lautet:

Die heutige Sitzung der Konferenz fand um 12 Uhr
mittags im St. James-Palast statt. An ihr nahmen außer
der Delegation Deutschlands die englische, die französi-
sche, die italienische, die japanische und die
belgische Delegation teil. Von deutscher Seite waren
Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Berg-
mann, Schröder und Lewald, die Ministerialdirek-
toren v. Siffen und v. Lesuire, der Vizepräsident
Schamer sowie die Sondervertreter Freytag und
Vogel, Geheimrat Fellingner und Staatsrat von
Weinl anwesend. Lloyd George ergriff sofort nach
Beginn der Sitzung das Wort, um

die Antwort der Alliierten auf die deutschen
Gegenentwürfe

zu geben. In längerer Rede führte er aus, daß die deut-
schen Vorschläge einen

Angriff gegen den Grundgedanken des
Verjäger Friedensvertrages

darstellten. Es liege durchaus nicht in der Absicht der
Alliierten, Deutschland zu unterdrücken, im
Gegenteil, diese seien davon überzeugt, daß ein freies zu-
riedenes und blühendes Deutschland eine notwendige Vor-
bedingung für den Frieden und das Wohlergehen Europas
sei. Deutschland habe im Friedensvertrag

seine Verantwortung für den Krieg
anerkannt

und habe deshalb für die Kriegsschäden Reparation zu
leisten. Es sei bereits ein weitgehendes Entgegenkommen
der Alliierten, daß sie im Gegensatz zu dem Frankfurter
Friedensvertrag von 1870 auf den Ersatz sämtlicher Kriegs-
kosten verzichteten hätten. Er sei der Meinung, daß das
deutsche Volk

nicht genügend den Umfang der Zer-
störungen würdige,

die durch den von dem kaiserlichen Deutschland herauf-
beschorenen Krieg verursacht seien. In längerer Aus-
führungen hierzu schilderte Lloyd George die Verwüstungen
und Zerstörungen, die in den alliierten Ländern, insbeson-
dere in Frankreich, angerichtet seien und die nur zu ge-
ringem Teil von kriegerischen Operationen
herrührten. Die Alliierten wären durchaus geneigt
gewesen, die deutschseits vorgeschlagenen Einwürfe gegen
die Pariser Beschlüsse mit vollem Ernst zu prüfen. Wenn
Deutschland z. B. eine Verzögerung der Zahlungsfrist
von 42 Jahren gefordert oder anstatt der zinsprozentigen
Auszahlung eine neuen Vorschlag hinsichtlich der
gleichwertigen Maßnahme vorgeschlagen hätte, so hätte
hierüber gesprochen werden können. Dem-
gegenüber müsse er aber feststellen, daß die deutschen Gegen-
entwürfe als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung
völlig ungeeignet seien, im Gegenteil
eine Beleidigung und Herausforderung
der Alliierten

darstellten. Berücksichtigt man, daß Deutschland im übrigen
schon in vielfacher Hinsicht den Friedensvertrag von Ver-
sailles verletzt habe, so müsse man zu der Folgerung
kommen, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen
nicht nachkommen wolle

oder, was noch schlimmer sei, die Kraft nicht habe,
ihren Willen durchzusetzen. Angesichts dieser
Sachlage habe er namens der Alliierten die deutsche Re-
gierung aufgefordert,

bis Montag

Mitteilung davon zu machen, ob sie die Pariser Beschlüsse
annehme oder Gegenentwürfe zu unterbreiten, die eine
gleichzeitige Ausföhrung der aus dem Friedensvertrage
Deutschland obliegenden Verpflichtungen sicherstellen
würden

1. Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf
sollten sofort besetzt werden, 2. die Alliierten von ihrem Parlament
die Genehmigung einholen, von jeder Zahlung für
Ware aus deutschen Lieferungen einen pro-
zentualen Satz für Reparationszwecke ein-
zuhalten, 3. die an der Westgrenze eingehenden Zoll-
einnahmen unter Aufrechterhaltung des deutschen Tarifes
beschlagnahmen und eine neue Zollgrenze am Rhein
erhöhen werden, an der nach den Festsetzungen der inter-
alliierten Rheinlandschiffahrt Export- und Importzölle
erhoben werden. Lloyd George schloß seine Rede mit der
Frage, ob Dr. Simons gleich eine Antwort geben wolle
oder eine neue Sitzung heute nachmittag vorziehe.

Reichsminister Dr. Simons erwiderte: Die Rede des
Herrn Lloyd George werde mit der Sorgfalt geprüft werden,
die ihrem Umfang und ihrer Bedeutung entspreche. Die
Delegation werde die Antwort bis Montag mittag erteilen.
Im übrigen legte Dr. Simons

dagegen die Erwartung ein, daß Herr Lloyd George
die Absichten der deutschen Regierung
unrichtig beurteile

und betonte, daß für die von den Alliierten angebotenen
Zwangsmassnahmen nach Ansicht der deutschen Regierung
keinerlei Anlaß vorliege.

Beratungen im Reichskabinett.

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit den Verhandlungen über
die heutige Sitzung der Londoner Konferenz. Auf Grund der
vorliegenden, noch unvollständigen Nachrichten bejahte sich das
Kabinett darauf, die Bedeutung der von Lloyd George ange-
kündigten Maßnahmen vorläufig durchzusehen.

Frankzösische Vorbereitungen für den Einmarsch

Paris, 3. März. (Paris Drahtnachricht.) Der französi-
sche Kriegsrat ist gestern in Paris unter dem Vorsitz des Mar-
schalls Foch zusammengetreten. Die neuernannten Marschälle
nahmen an der Sitzung teil. Foch gab einen Überblick über
die gegenwärtige militärische Lage und erklärte, daß die fran-
zösische Armee Genueh bei sich habe, um in Deutschland einzu-
rücken, wenn aus London ein entsprechender Befehl komme.

Strasbourg, 3. März. Aus dem Grenzgebiet Bel-
fort sind seit Dienstag Truppen nach dem Gebirge von Mülhausen
und Colmar abgegangen. Die Soldaten sind durchweg kriegs-
mäßig ausgerüstet und scheinen offenbar zu einem Vorwärtsschritt
bereitschaft zu werden. Französische Infanterie und Kavallerie ist
aus verschiedenen Punkten Mittelfrankreichs nach dem Oben ab-
gegangen, hauptsächlich nach Straßburg und Wehr.

Brüssel, 3. März. Die vielfach verbreiteten Gerüchte,
daß französische Truppen sich im Bormarsch auf Holland
befänden, entbehren einhellig jeder Unterlage. An den
Rheinübergängen sind bisher keine Truppenansammlungen fest-
zustellen, auch in der Rheinpfalz herrscht Ruhe. Immerhin ist
bekannt, daß die französischen Besatzungsdivisionen vorläufig
den Urlaub gepeitert bekommen.

Der Bericht der Alliierten.

London, 3. März. (Gazette.) Die amtliche Erklärung, die
die Alliierten heute bekanntgegeben haben, daß folgenden Wort-
laut: Im Verlaufe mehrerer Zusammenkünfte und drei Sitzungen
der Konferenz, die in den letzten 24 Stunden noch stattfanden
der deutschen Note hinsichtlich der übliche Berücksichtigung
unter der alliierten Regierungsbürokraten zustande gekommen
über die Antwort und die deutschen Gegenentwürfe. In der
Sitzung der Konferenz, die am 3. März im St. James Palace
stattfand, legte Lloyd George dem Reichsminister Dr. Simons dar,
daß die Gegenentwürfe der deutschen Regierung keine nähere
Prüfung verdienen und daß die vom Reich in die Reparations-
frage eingebrachte Haltung eine neue Außerachtlassung der von
Deutschland den Alliierten gegenüber eingegangenen Verpflich-
tungen darstelle. Er erinnerte an die Verträge gegen die Ver-

indirekt der Kohlenlieferungen, der Entschaffungsbestimmungen, der Zahlung von 20 Milliarden Goldmark und der Befreiung der Reichsgruben. Er bemerkte ferner, daß Deutschland dadurch, daß es die Reparationsfrage aus dem Bereich der Reparationsfrage ausgliedert, die Reparationsfrage aus dem Bereich der Reparationsfrage ausgliedert, die Reparationsfrage aus dem Bereich der Reparationsfrage ausgliedert...

Die Rede Dr. Simons in London.

In seiner Rede in London am 1. März führte der Reichsminister Dr. Simons u. a. folgendes aus: Die Schwierigkeit, die sich bei der Aufstellung der Gegenentwürfe ergab, lag in den inneren Widersprüchen des Problems. Zunächst ist die deutsche Wirtschaft in der Welt die stärkste Wirtschaft, die sich in der Welt befindet...

die Pariser Beschlüsse

Ich nun soweit eingehen, um zu zeigen, wie wir von diesen Beschlüssen ausgehend, zu dem heute sehr entgegengesetzten Ergebnis gekommen sind. Alle Welt ist darüber einig, daß diese an der Spitze der Reparationsfrage stehende Summe nur herauszufinden, werden kann aus dem letzten Mittel, das die Welt hat, nämlich aus dem letzten Mittel, das die Welt hat, nämlich aus dem letzten Mittel, das die Welt hat...

die wirtschaftliche Ausnahmelage

nach bemerkt worden, denn auch die Welt muß in der letzten Zeit, durch weitere und weitere Kriege, Entschärfung durch sie vom Ausland getragen, wenn die Preise der Waren um die 12 Prozent erhöht werden müssen oder aber die Konturen der Welt durch die Anläufe der 12 Prozent Inflationszunahme...

Die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie

ist bedingt durch den schlechten Stand der deutschen Wälsche. Am Sinnbild auf die heutige Lage der deutschen Wirtschaft muß man sich ein realistisches Bild machen, um den Bedenken der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, um den Bedenken der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, um den Bedenken der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands...

ein anderes System an die Stelle der Annuitäten

gestellt werden muß, nämlich die feste Zahlung von auf Gegenwärtigen berechneten Summen, die auf die gewöhnliche Weise zu versetzen und zu amortisieren sind. Wenn man die Annuitäten der Pariser Forderungen mit den aus dem Vertrag resultierenden 8 Prozent auf den 1. 1. 1921 rekonstruiert, kommt man zu einem Gegenstandeswert von wenig mehr als 20 Milliarden Goldmark. Eine Ziffer, die auch wiederholt in der öffentlichen Presse genannt ist. Die deutschen Sachverständigen sind von der Reparationskommission neuerdings benachrichtigt worden, aber nach einem System, das nach Ansicht der deutschen Regierung nicht in Frage kommen kann...

durch eine internationale Anleihe zu mobilisieren sein

für deren Verzinsung und Amortisierung Deutschland die Gewähr übernehmen muß. Gegenständig würde es nach Ansicht der Sachverständigen unmöglich sein, eine solche Summe in der Welt unterzubringen. Um überhaupt eine erhebliche Summe im Wege der Anleihe flüssig zu machen, müßte sie mit besonderen Vorzügen ausgestattet werden, was nach Recht und Billigkeit nicht möglich ist. Einmal der Anleihe ein solches System, das die Welt von der großen Spannung zu befreien, unter der sie jetzt leidet. Solche Vorzügen der Anleihe erklären wir vor allem darin, daß man sie in allen Ländern steuerfrei gesteuert. Es verleihe die Welt ein solches System, das die Welt von der großen Spannung zu befreien, unter der sie jetzt leidet. Solche Vorzügen der Anleihe erklären wir vor allem darin, daß man sie in allen Ländern steuerfrei gesteuert...

länder, nämlich die Rückversicherungen, ausfindig werden lassen sollen. Unsere Sachverständigen glauben, daß unter diesen Bedingungen auf dem internationalen Markt bis zu acht Milliarden Goldmark realisierbar sind. Wir würden von deutscher Seite die Rückversicherung als erstes anzuordnen haben, daneben aber auch noch den Restbetrag von übernommenen Versicherungsverträgen, also entsprechend der Höhe der Anleihe noch etwa 22 Milliarden Goldmark. Das Deutschland in den ersten fünf Jahren (von 1921 bis 1925) nicht mehr leistungsfähig sein wird, haben wir von der Pariser Forderung her in der Pariser Vereinbarung anerkannt.

In Übereinstimmung hiermit haben die deutschen Sachverständigen berechnet, was abesehen von dem Jahresdienst für die Anleihe die Summe von einer Milliarde Goldmark der Restbetrag der Forderung sein würde. Sollte die eine Milliarde, die an sich schon eine optische Schätzung ist, nicht ausreichen, um die 22 Milliarden zu versetzen, würden die Anleihe nach dem Gegenstandeswert unterjährig zu zahlen sein, wobei sie nach Ablauf von fünf Jahren der Forderung am vollständigsten wäre. Über den Rest der gesamten Summe würde im Jahre 1926 ein neuer Finanzplan aufzustellen sein. Von da an müßten sich naturgemäß die deutschen Jahresleistungen erhöhen, da Deutschland den Rest innerhalb 30 Jahren zu amortisieren hat. In der Vereinbarung von fünf Jahren würde Deutschland verpflichtet sein, zum großen Teil in Sachleistungen zu zahlen. Dagegen ist es auch bereit.

Verbindlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Sachleistungen und Arbeitsleistungen würden auf die Annuitäten anzuwenden sein. Nach diesen einleitenden Bemerkungen darf ich annehmen, daß unsere formulierten Vorschläge perlen zu lassen, und ich bin nun bereit, über Einzelheiten weitere Ausführungen zu geben.

Die Reparationskommission erklärt Deutschland mit 12 Milliarden in Verzug.

Wie die „Dena“ an zuständiger Stelle erklärt, ist seitens der Reparationskommission eine Note an die deutsche Regierung gerichtet worden, in der bezüglich der deutschen Vorkleistungen erklärt wird, Deutschland stünde im Hinblick auf die aus Art. 235 des Friedensvertrages geschuldeten 20 Milliarden Goldmark mit 12 Milliarden im Verzuge. Demgegenüber wird deutschseits daran festgehalten, daß von einem Verzuge keine Rede sein kann, daß Deutschland vielmehr bereits im Betrage von 21 Milliarden Goldmark Vorkleistungen gemacht habe.

Tirpich' Taufrede in Flensburg.

Bei dem in Flensburg abgehaltenen Tauffest des nach ihm benannten Schiffes hielt Großadmiral v. Tirpich eine Rede, bei der er u. a. ausführte: Tiefst Trauer liegt über Deutschland; um so schmerzender, als nicht die Uebermacht unserer Feinde, sondern in unserer Zusammenbrüche uns in den Abgrund der Welt zu stürzen hat. Deutschland blühende Wirtschaft ist zu sein. Wir machen uns wehrlos und darauf geht es. Wäge unsere Welt immer harter werden, daß Großes nur gelistet werden kann, wenn der Kopf die Faust führt, daß aber andererseits Kopf und Hand, als völlig gleichberechtigt zur Arbeitsgemeinschaft sich vereinigen müßten. Am heutigen Tage beginnt die Beratung in London, wo man sich annagt, zu entscheiden, ob nur die lebende Generation der Deutschen oder auch unsere Kinder bis ins dritte und vierte Glied zur Verantwortung berufen werden sollen. Unsere alte Handelsflotte ist uns geraubt, unser Land ist in Ketten gefesselt, die Kommissionen künftigeren der Wirtschaft und Arbeit. Ein Zustand unseres Volkes wie nie zuvor — und dennoch ist das große Schiff fertig geworden. Darin liegt eine Tat, die dem Glauben entspringt, daß die neue Handelsflotte für Deutschland und seine Interessen fahren wird. Die Zukunft der schwachen Nationen muß freilich gelüftet werden durch den gebieterischen Willen unseres Volkes, ein Schicksal, das nicht dauernd zu ertragen zu wollen.

Die Rede des Großadmirals Tirpich hat sich jedermann wohl einzurufen erklären können, aber es ist eine Unvergleichlichkeit von einem Manne, der wegen der mangelnden oder gänzlich ungenügenden Vorbereitung des „U-Bootkrieges“, wodurch wir in das Unglück hineingerufen worden sind, und während des Krieges zu rüden mußte, zu behaupten, daß das deutsche Volk sich selbst erst wehrlos und dann wehrlos gemacht hätte, und der heute noch zu behaupten mag, unter der Hand der Uebermacht der Feinde in der Welt zu unterliegen. Die Ehre des deutschen Volkes ist im Grunde genommen auch heute noch unangefast. Das deutsche Volk, das unerhörte Heldentat an der Front wie in der Heimat vollbracht hat und nur durch Fehlen der Führung nicht zum rechtzeitigen Friedensschluß gekommen ist, hat es nicht nötig, sich in seiner letzten Not auch noch von einem Tirpich heimlich zu lassen, der besser late, in der heftigen Einmütigkeit darüber nachzudenken, welchen Anteil er selbst an dem Zusammenbruch hat und ob nicht doch seine Unterlassungen eine sonstigen unbestreitbaren Verdienst erlösen.

Der Stapellauf des 12000-Tonnen-Dampfers „Tirpich“, der für die Kriegesflotte haupt Sineses für Geschwindigkeit und Ueberlebe gebaut worden war, sollte schon am Dienstag in Gegenwart des Großadmirals Tirpich und Hugo Sineses vor sich gehen. Da die Werftarbeiter sich jedoch weigerten, ein Schiff auf den Namen „Tirpich“ vom Stapel laufen zu lassen, fand nur der Tauffest statt. Für die Werftarbeiter hat die Verweigerung der Arbeit des Stapellaufes, die einen direkten Konfliktbruch darstellt, die Folge der Ausparung gelöst. Die Arbeiter des Schiffes werfen ihre Forderungen. Mittwoch vormittag in Flensburg die ausgeperrten Werftarbeiter eine Abordnung in die Diktation, um die Bedingungen für die Abberufung zu erfahren. Die Diktation gab im Beisein von Hugo Sineses f. Sineses, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden könnte, wenn der Stapellauf in Gegenwart von Herrn Sineses und des Großadmirals v. Tirpich oder deren Vertreter ordnungsgemäß vorgenommen würde. Eine Verammlung der Werftarbeiter fand unter der Bedingung der Diktation statt. Demgemäß fand der Stapellauf des Dampfers „Tirpich“ Mittwoch nachmittag statt.

Der Vertrag von Sevres.

Neuer erzählt von französischer Seite, daß der griechische Premierminister den Alliierten eine Note überreichen werde, der eine Ueberfahrt über die am 28. Februar stattgehabten Beratungen beigefügt werden würde, in denen die griechische Nationalversammlung folgende Erklärung beschlossen hat: 1. Griechenland kann einer Veränderung des Vertrages von Sevres nicht zustimmen, der Griechenland doch nur das Mindeste davon gibt, was ihm gehört. Am Sinnbild auf die im Kriege erbrachten Opfer und auf die Opfer des Hellismus im allgemeinen sei der Erringung seiner Unabhängigkeit.

von Sevres nicht zustimmen, der Griechenland doch nur das Mindeste davon gibt, was ihm gehört. Am Sinnbild auf die im Kriege erbrachten Opfer und auf die Opfer des Hellismus im allgemeinen sei der Erringung seiner Unabhängigkeit.

2. Die Nationalversammlung ermächtigt die griechische Delegation, den Alliierten mitzuteilen, daß Griechenland ihnen unendlich dankbar ist für das Anerkennen, das sie für Griechenland an den Krieg geleistet haben und daß die Griechen überzeugt sind, daß die Alliierten nicht auf den für Griechenland unannehmlichen Vorbehalt bestehen.

Neuer erzählt, daß die Angoragerierung ihre Londoner Delegation beauftragt hat, folgende Antwort auf die von den Alliierten auf der Londoner Konferenz gestellten Fragen zu geben: Die Angoragerierung nimmt die vorgeschlagene interalliierte Untersuchungskommission für das theolozische Abtragen an, bittet aber darum, daß, um die Unparteilichkeit der Untersuchung zu gewährleisten, eine griechische Verwaltung durch eine alliierte ersetzt werde, bis das Ergebnis der Untersuchung feststeht. Mit Bezug auf den übrigen Teil des Vertrages von Sevres ist die nationalgriechische Regierung bereit, den Vertrag zu unterzeichnen, bittet die Alliierten aber, die Lastige in Betracht zu ziehen, daß gewisse Bedingungen unvereinbar mit dem Bestande der Türkei als freier unabhängiger Nation sind, und bittet um eine Abänderung des Vertrages im Hinblick auf die augenblicklichen Umstände. Es wird hinzugefügt, daß Konstantinopel durchaus derselben Ansicht sei.

Deutscher Reichstag.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 1 Uhr mit der Mitteilung, daß im Falle des Eintreffens amtlicher Meldungen von London im Laufe der Sitzung der Reichstag erscheinen und sie dem Hause mitteilen werde.

Seine Debatte wird zunächst der Gegenstand über vorläufige Abmachungen auf die Körperschaftsteuer einem Ausschuss übergeben. Die Anleiheentwürfe für das Jahr 1920 wird durch Kenntnisnahme erledigt.

In zweiter und dritter Beratung werden die Reichshaushaltsrechnung 1918 und der Gegenentwurf über die Kontrolle der Kriegserrechnungen debattiert angenommen.

Namens des sozialen Ausschusses beantragt Abg. Frau Teufel (Zit.), die Regierung möge in kürzester Frist eine Kommission einsetzen, die den Frauen das aktive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgewerbeten gewährt.

Abg. Frau Zieh (U. S.) unterstützt den Ausschussantrag, ebenso die Abg. Frau Böhm-Straß (Soz.). In gleicher Weise tritt die Abg. Frau Behm (Dn.) für die Entlassung ein.

Abg. Zieh (D. Sp.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Sozialdemokratie immer die Aufnahme des passiven Wahlrechts der Frauen in das Gesetz abgelehnt habe und heute von dem bürgerlichen Ministerium dieses Wahlrecht fordere.

Abg. Frau Wüster (Dem.) stellt sich auf den Boden der Entlassung ein.

Abg. Zieh (D. Sp.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Zieh (Soz.) im Hinblick auf die Ausführungen des Arbeitsministers Schlie, lediglich um im Vorjahr die Befreiung gesetzlicher Maßnahmen nicht zu verfehlen, diesen Punkt des passiven Wahlrechts der Frauen noch zurückzuführen habe. Die Kritik, die hinter Zieh stehen, hätten doch wohl daran Schick, daß das Arbeitsgesetz, das schon für den Januar verprochen war, noch immer nicht zum Vorschein komme. Wenn das sich nicht bald ändere, werde die Arbeiterklasse energisch eingreifen.

Abg. Frau Zieh (U. S.) greift den Abg. Zieh ebenfalls an. Den Frauen werde trotz einer Verordnung der Volksbeauftragten gesetzlich das Recht der passiven Wahl an allen öffentlichen Verhältnissen zu. Dieses verfassungsmäßige Recht sei nicht aufzuheben worden.

Ministerialdirektor Stenrich erklärt die Bereitwilligkeit des Arbeitsministers, die Materie im Verordnungswege zu erledigen, aber wenn dies nicht möglich werden sollte, eine Kommission einzusetzen, in der den Frauen das passive Wahlrecht gegeben werden soll.

Die Entlassung wird sodann angenommen. Ein Antrag des 23. Ausschusses für Beamtenfragen, seine Zuständigkeit dahin zu erweitern, daß er auch die Initiative zur Behandlung von Beamtenfragen ergreifen könne, deren finanzielle Behandlung vor den Hauptausgaben gehört, wird nach längerer Debatte, an der sich alle Parteien beteiligen, mit der Abänderung angenommen, daß diesem Ausschuss die vorbereitende Behandlung des Personalverhältnisses übertragen wird. Die Ausschüsse werden wegen Vorlegung von Gesetzen zur Bekämpfung der Trunksucht, Schließung der noch im Reide befindlichen Bordelle und Befreiung der Kauterierung werden debattiert genehmigt.

Morgen nachmittag 2 Uhr Anfragen, Rebererabfindungsgesetz, Ergänzungsgesetz und Haushalt. Schluß 2 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages hat in seiner letzten Sitzung die Immunität des Abg. Erbacher gegen die Straftaten aufgehoben.

Fortgesetzte Berichterstattung wichtiger Beamtenfragen. Vor etwa 14 Wochen lagte der 23. Ausschuss des Reichstages den Beschluß, zu den Entschleunigungen des Reichstages am 25. Februar Stellung zu nehmen. Die Sitzung fand nicht statt, sie wurde auf 8 Tage vertagt. Jetzt ist eine weitere Vertagung von 8 Tagen eingetreten. Die Beamtenfrage lagt mit Recht, daß hier für sie lebenswichtige Fragen verbleibt werden. Der demokratische Abg. Delius hat daher von dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Deutschen nationalen Parth., schriftlich die sofortige Einberufung des Ausschusses verlangt. Ferner hat er gemeinsam mit dem Demokraten Schuidt beantragt, daß entsprechend der Entschleunigung Schliecker und Genschen, die zur Einbringung des Ausschusses geführt hat, sofort die Führung mit den Beamtenorganisationen herbeigeführt wird.

Auslands-Rundschau.

Russisch-schweizerische Handelsbeziehungen. Einige schweizerische Industrielle in Zürich beabsichtigen, eine russisch-schweizerische Handelsgesellschaft zu gründen, an der sich die in Sowjetrußland lebenden Schweizer auch beteiligen sollen.

